

Das „Samburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis für 100000 0,60 Goldmark.
Auch durch Post zu beziehen. Preis 1,20 Goldmark.
Redaktion:
Hilfstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Gust. Gumbel, Altona.
Verlags-Anstalt:
Hilfstraße 11, 1. Stock.
Buchhandlung: Gumbel & Co.
Buchdruckerei: Rottler.
Hilfstraße 11, 1. Stock.

Bezugspreis frei Haus vom 16. bis 22. Februar 1924 0,70 Goldmark.
Zahlbar am 16. Februar

Einzelverkaufspreis 15 Pfennig Gold.

Samburger Echo

Ar. 48. Sonntag, den 17. Februar 1924. 38. Jahrgang.

Parlament und Parlamentarier

Der Reichstag ließ sich willig beiseite schieben, damit keine parlamentarische Schwierigkeit der Regierung ihr Rettungsnetz erschwere. Hintennach erkennt man die Unentbehrlichkeit des Reichstages, dessen erste Tat beim Wiederzusammentritt die Wiederherstellung der wichtigsten auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung sein wird, nämlich der dritten Eisennotverordnung. Aber die Erkenntnis von der Unentbehrlichkeit des Reichstages sollte nun auch Frucht bringen. Der Reichstag müßte alles Nützte tun, um seine Arbeitsfähigkeit und sein Ansehen zu heben. Das ist keine leichte Sache. Voraussetzung dafür wäre die Erkenntnis: das Parlament ist unentbehrlich, aber nicht jeder Parlamentarier! Wie fängt man es an, dem Reichstag eine Zusammenziehung zu geben, die ihn aus seiner Verfassung und Erstarrung löst, ihn geistig hebt und entschlußfähig macht?

Zu dem Zwecke ist nötig, daß der Reichstag wirklich wird, was er sein soll: der Ausdruck und die Vertretung des unzerstückelten Volkswillens! Der Reichstag ist nicht ein bloßes Wahlrecht der ganzen Welt. Aber dieses Wahlrecht ist gleichsam im luftleeren Raum konstruiert, es ist ideal auf dem Papier. Die Wirklichkeit bringt störende Zusätze, die schließlich insgesamt als Verzerrungen wirken. MacDonald, auf den jetzt so viele Hoffnungen gesetzt werden, und der ein wirklicher Politiker ist, hat von der Form des Wahlrechts nie viel Aufhebens gemacht; ihm kommt es nicht darauf an, daß jede Störung im Volkswillen, jede Nuance des öffentlichen Geistes in der Vertretung der Nation ihren zahlengerechten Ausdruck finde. Er sagt vielmehr, es sei nicht die Aufgabe des Reichstages, daß darin jede Anschauung eine Tribüne finde, sondern die wesentliche Aufgabe des Reichstages sei, dem Lande eine handlungsfähige Regierung zu geben. Darum sei hiesig unbedeutend, ob die eine oder andere Partei etwas stärker oder schwächer wie bei einer zahlengerechten Zuteilung der Sitze im Reichstag vertreten sei, bis zur nächsten Wahl würden die Dinge da draußen sich schon von selbst ordnen. So urteilt der Engländer, der an ein Denken in weitpolitischem Ausmaß gewöhnt ist und dem Politik nicht diszipliniert, sondern handelt bedeutet. Wir Deutschen aber haben allzu sehr an einem Begriff abstrakter Gerechtigkeit. Wir betreiben Politik als Gelehrsamkeit. Und so haben wir die gute Idee des Proporz übersehen und bis zur Würgelstange verrenkt. Nämlich durch die Bildung von Riesenzahlkreisen mit gebundenen Listen, und darauf wurde noch die sogenannte Reichsliste gepreßt. Mit dem Ergebnis, daß nicht die Wähler, sondern die Parteien die Wahl bestimmen, einmal als Kandidat aufgestellt wird, sondern diese Auswahl bezieht sich auf die Partei. Selbstverständlich unterliegt ein kleiner Personenkreis stärkeren Bindungen als die Masse der Wähler, und der Parteiangehörigen. Für die große Masse besteht als größter Gefahr, daß auf sie agitatorische Beeinflussung der Parteien einwirkt, und dabei können sich Mißgriffe ergeben, insofern nicht genügend gewarnt wird, daß die stille ausdauernde Arbeit in parlamentarischen Gremien bedeutungsvoller sein kann als Reden im Plenum. Aber weil in den Deutschen das Gefühl für Tradition und das Dankbarkeitsgefühl, das eigentlich in der Politik nicht entscheiden soll, übermächtig ist, deswegen sollen auch agitatorische Fähigkeiten gewürdigt werden. Die andern Gesellschaften kommen ohnedies in jenem engeren Personenkreis, von dem wir sprechen, fast genug zum Ausdruck. In allen Parteien ist es so: die „Tradition“ wird gewahrt, der „alte, erprobte, verdiente Vorkämpfer der Bewegung“ hat Anspruch auf die unbedingt sichere Kandidatur. Dadurch aber kommt der Reichstag nicht zu jener Blutauffrischung, deren er bedarf. Gegen Tradition und gegen die Ehrung des Alters hier kein Wort. „Vor einem grauen Haupte sollst Du aufstehen und die Alten ehren!“ Aber in die Volkvertretung eines Reiches, das so wie Deutschland sich politisch neu aufzubauen muß, gehört die Beweglichkeit nur in homöopathischer Dosis, frische Beweglichkeit und aktiver

Sinn tun um so mehr not. Das bestehende Wahlsystem der großen Wahlkreise und der Listenbindung ist aber geradezu auf die Privilegierung der Bedächtigkeit und die Zurückhaltung der Beweglichkeit zugeschnitten. Da kommt dann eine Volksvertretung zustande, wie der gegenwärtige Reichstag sie darstellt, dessen Charakterzug geradezu die Verkalkung ist.

Königt ist die Befestigung des bestehenden Systems als notwendig erkannt worden, und jetzt will die Reichsregierung selbst den Wandel herbeiführen. Am 10. Februar veröffentlichte sie die Vorlage der Reichsregierung, die die Zerschlagung der großen Wahlkreise und Bildung von Ein- und höchstens zweimännigen Wahlkreisen vorsieht, und darüber hinaus eine Verminderung der Zahl der Reichstagsmitglieder von 459 auf 399. Diese Reform würde wenigstens mit den schlimmsten Fehlern des bestehenden Wahlsystems aufräumen; die Verminderung der Mitgliederzahl allerdings erscheint dafür nicht notwendig, die Bildung kleiner Wahlkreise genügt. Die Vorlage will das Proportionalverfahren bewahren und durch Zusammenfassung der nur mit einem bzw. zwei Kandidaten zu begehenden Wahlkreise in einen Wahlkreis verbundenen Wahlkreise, daß die innerhalb eines Wahlkreises verbleibenden Ueberschüsse in benachbarten Kreisen derselben Partei zugute kommen. Also die Uebel des Majoritätsprinzips würden glücklich vermieden. Wer in die Volkvertretung einzeln will, der müßte sich allerdings gehörig bemühen, damit er von vornherein die erforderliche Zahl von Wählern für sich günstig stimmt; es würde wieder mehr die Wählerkraft das Bestimmungsgewicht bei der Aufstellung der Kandidaten erlangen. Der Einfluß der kleinen Personenkreise würde zurückgedrängt. Jeder Kandidat müßte wie in früheren Zeiten eifrig den Wahlkreis durchziehen und so ergäbe sich ein besseres Zusammenstimmen von Wählerkraft und Vertretung. Auch das andere Uebel, daß alle Wirtschaftsvorteile in einen ganz ungebührlichen Einfluß ausüben und daß jeder der Wirtschaftsvorteile zu einer verkappten Interessvertretung der Berufsverbände wird, würde etwas zurückgedrängt und abgebaut.

Das sind wesentliche Vorschläge. Wer der gegenwärtige Reichstag hat die Empfindung, als sei diese Reform der Streik, an dem er sich selbst aufhängen soll, und darin hat er so Unrecht nicht. So kam schon die Meinung, daß der Reichstag die Vorlage wie ein glühendes Eisen behandeln will. Auf den Parlamentarismus hören wir besonders in den rechtsstehenden Kreisen schimpfen, aber vielleicht gerade die, die am meisten schimpfen, möchten bis zu ihrem geliebten Ende dem verfallenen Reichstag angehören. Das nennen sie dann mit dem bekannten Bismarck'schen Wort: „In den Selen sterben!“ Daß dieses Wahrspruch werde,

darin haben aber sicher die Wählermassen nicht das mindeste Interesse. Für sie muß Respektlosigkeit heilig werden. Verächtlichen Parlamentariern zum Privatleben zu verschaffen, ist notwendig, damit das Parlament wieder Geltung erlangt. Die Wählerkraft aller Parteien muß daran ein gemeinsames Interesse haben, und sie sollte nicht säumen, ihr Interesse und ihren Willen in der eigenen Partei nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Daß die Vertretung der sozialdemokratischen Partei alles tun wird, um die Uebel an dem bestehenden Wahlsystem aufzuheben, erscheint uns als selbstverständlich. Geht es nicht, so müßte es sich am Reichstag selber bitter rächen!

Auf dem Weg zur Pfalzvereinbarung?

In einem Aufruf zum Pfalz-Tag sagt der Reichstagspräsident: „Das Eiserne Regiment der letzten Wochen darf sich nicht schweren Mühen verloben lassen.“
Aus der Pfalz einlaufende Nachrichten lassen eine gewisse Beruhigung erkennen. Aus Kaiserlautern und Neustadt a. d. O. sind die Separatisten abgezogen, laut einer Mitteilung aus dem Bezirk an der französischen Grenze nach dem Elz. In Speyer wurden die separatistischen Kräfte vor dem Regierungssprecher eingekesselt und die bisher gefangen gehaltenen Mitglieder der Regierung freigelassen. Das Wichtigste ist jedoch, daß die interalliierte Sonderkommission mit dem Reichstagspräsidenten in Speyer zu einem Abkommen gelangt ist. Aber sind Einzelheiten noch nicht bekannt, aber bereits ist durchsichtig, daß die deutschen Behörden wieder überall eingeleitet werden.

Über die bekannten Vorgänge in Birmensdorf und Kaiserlautern erhielt die „Frankfurter Zeitung“ eine Schilderung ihres Inhalts, die eine Würdigung angenommen, vor der einen das Grauen der Ereignisse, aber doch liegt eine im wesentlichen vollkommene Klärung der Lage vor, die sich mit Hilfe fremder Mächte gemeinsam an die Stelle der letzten Regierung gesetzt hatte. In Kaiserlautern ist der Angriff durch den von Separatisten ausgehenden, die sich des Schutzes der französischen Besatzungsmächte wußten. Aber es gab in der französischen Besatzungsarmee wie in den Zivilbehörden eine Reihe von Offizieren, die sich der separatistischen Politik ablehnen schienen, andere unterstützen die Separatisten im Sinne des Generals de Res, und so war in der letzten Zeit die Einheitlichkeit der Direktion gestört und das äußere Verhalten der Offiziere verwickelt.

Jedenfalls wird nicht nur die Pfalz und nicht nur Deutschland, sondern überhaupt jeder Kulturkreis aufatmen, wenn endlich in der Pfalz eine Ordnung geschaffen wird, die das Grauen der Ereignisse aus dem Lande entfernt und nicht mehr Verwirrung in eine Katastrophe verfallen läßt, bei der auch das menschliche Gefühl schwerer Schaden nimmt.

Die französisch-belgische Eisenbahngesellschaft hat die Verantwortlichkeit für Verkehrsstörungen übernommen. Eine Gerichtscommission, der auch deutsche Reichsadvokaten angehören, wird mit dem Sitz Mainz errichtet.

Wer begeht Landesverrat?

Jüngst kritisierten wir den Fall der „Frankfurter Volksstimme“, deren Redakteur Quint dem Reichsanwalt angeklagt wird, weil er durch Veröffentlichungen über Waffenlieferungen der Ostfronten in Nordbayern Landesverrat verübt. Ein richtiger Beschluß liegt noch nicht vor, aber der Reichsanwalt verhindert, daß Verjährung eintritt. Diesem für die republikanische Nachkriegsregierung bedeutsamen Fall reichen jetzt gleich drei neue an. Aus Berlin wird gemeldet:
„Auf Antrag des Reichswehrministers und auf Anweisung des Justizministers Emminger ist gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Ernst Reuter, ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet. Das Verbrechen ist in einem Artikel in der Weihnachtsnummer des „Vorwärts“ gefunden, der die Veröffentlichung des Ausnahmestandes forderte. In diesem Artikel war Bezug genommen auf Ausführungen des früheren sächsischen Innenministers Ripinski, der von einem Zusammenhang der Reichswehr mit illegalen Organisationen sprach. Weiter dem „Vorwärts“ soll auch die „Welt am Montag“ und die „Frankfurter Zeitung“ unter Landesverratsanklage stehen.“

Herr Emminger ist Inspektor der Verbindungsmann der Bayerischen Volkspartei in der Reichsregierung, er soll die Reichswehr nach Bayerns verüben. Die Figuren zeigen, wer er dafür schuldig ist. Er ist ein Mann, der die Ausnahmestände entsprungene Prozesse nehmen sich besonders gut ausgedacht der Verabschiedung des Ausnahmestandes und angeht die Rechte der Reichsregierung an. Er ist ein Mann, der die Ausnahmestände entsprungene Prozesse nehmen sich besonders gut ausgedacht der Verabschiedung des Ausnahmestandes und angeht die Rechte der Reichsregierung an. Er ist ein Mann, der die Ausnahmestände entsprungene Prozesse nehmen sich besonders gut ausgedacht der Verabschiedung des Ausnahmestandes und angeht die Rechte der Reichsregierung an.

Wirdlich geradlinige Politik bereitet diese Republik Deutschland. Der Ausnahmestand soll die Republik sichern und es dient als Anknüpfung gegen die Republikaner.
In der Kaiserzeit galt unter innerlich freien Menschen als Ehre, wegen Majestätsbeleidigung bestraft zu sein. Geht die republikanische Regierung nach gleichen Erfolgen?

Protestium im Soffesbüchlein.

SPD. Dresden, 16. Februar. (Drahtbericht.)
In Sachen ist ein Protestium gegen die Aufhebung des Verlagerungsbeschlusses eingegangen. Der Verband sächsischer Arbeiter, der sächsische Landbau, die Landvolksfraktion der Deutschen Volkspartei, der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei, der Landesverband für das sächsische Handwerk und andere Gruppen haben gegen die Aufhebung des Verlagerungsbeschlusses bei der Reichsregierung Einspruch erhoben. Es wird insbesondere geltend gemacht, daß die Umstellungen der sächsischen Landespolizei noch nicht vollendet und damit eine ausreichende Sicherheit, besonders für die kleineren Orte des Landes noch nicht gewährleistet sei. Infolgedessen wird auch von bürgerlicher Seite die Ansetzung von Steuern, die noch keineswegs feststehen, durch die Verlagerung auf die für die Provinz schon am 1. März aufgehoben wird. Zur Begründung verweisen die Protestanten auf einige Beispiele, die von Leuten des gemeinen Mannes, denen die politische Erziehung durch die SPD. in gutem Maße gelungen ist, die die Verlagerung der Landespolizei in die Hände der Nationalen bringen und so bereinigt und so unbedeutend, daß höchstens der Polizeibehörde sie empfohlen dürfte. Aber einen Sturm in der Reichsregierung zu entfachen, dazu reicht es aus.

Einnes Oberherrschafft und die Deutsch-Demokraten.

SPD. Berlin, 16. Februar. (Drahtbericht.)
Als demokratischer Spitzenkandidat für Berlin wurde der Generaldirektor des Siemens-Konzerns, Elektrotechnik Dr. Siemens, aufgestellt. Er erhielt bei der entscheidenden Abstimmung 135 Stimmen, der Kandidat der Opposition, Professor Bonn, nur 89 Stimmen. Vorabend hatte die Opposition gegen Siemens eingewendet, er sei zu sehr Vertreter privatalienförmiger Interessen und vor allem der geschäftliche Vertreter von Siemens, mit dem er im Rhein-Eisen-Konzern verbunden ist. Seine Aufstellung bedeute auch nach außen hin die Anerkennung der Oberherrschafft der großkapitalistischen Privatindustrie über die staatspolitischen Interessen.

Norwegen-Rußland.

Offiziell wird die Rechtsanerkennung Russlands durch Norwegen veröffentlicht. Der Chef der norwegischen Durchsetzungsaktion in Norwegen soll als norwegischer Geschäftsträger fungieren, bis eine endgültige Regelung der Vertretung Norwegens in Russland getroffen ist. Gleichzeitig wird eine russische Note veröffentlicht, worin die Souveränität Norwegens über Spitzbergen anerkannt wird. Demnach wird eine norwegisch-russische Konferenz zusammenberufen, um die endgültige Regelung der bisher ungelösten Fragen zu treffen.

Der Parteitag der Demokraten soll am 6. und 8. April im Weimarer Nationaltheater tagen.

Hafenarbeiterstreik in England - Schiffahrt stillgelegt.

SPD. London, 16. Februar. (Drahtbericht.)
Der Hafenarbeiterstreik hat am Sonntag begonnen. Von den Ausführenden sind 60% Docks, die übrigen Seefahrtsarbeiter. Der Schaden beträgt bereits eine ganze Anzahl von Schiffen. Weitere Hunderte von Dampfern dürften am Montag von dem Streik noch betroffen werden. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer tagten am Sonntag abend vorzeitig wie am Nachmittag getrennt. Der Arbeitsminister hat die Parteien bereits zu einer gemeinsamen Tagung unter seinem Vorsitz geladen. Edison vorher legte er aber den Arbeitgebern nahe, angesichts der Tatsache, daß seit der letzten Festsetzung der Löhne der Lebensmittelpreis sich um 15% erhöht hat, weiter entgegenzukommen als bisher. Infolge des Streiks dürfte sich in gewissen Bezirken eine Kohlenknappheit sehr bald bemerkbar machen und für längere Dauer auch ein fühlbarer Lebensmittelmangel. In London selbst ist es bisher nur zu einer Streikenden-Demonstration in der proletarischen Vorstadt Poplar gekommen.

Der Streik wird, falls er nicht bald beigelegt wird, selbstverständlich auch die Schiffahrt und Handel Hamburgs ungünstig beeinflussen. Hamburgische Gesellschaften werden ihre Schiffe englischen Häfen fernhalten, englische Schiffe können nicht auslaufen, also auch nicht zu uns kommen. Für die Hamburger Schiffahrt wird sich aber vielleicht Frachterlös bieten,

indem sie sich in das Expeditionsgebiet der Engländer einbringen oder für englische Rechnung Frachten machen. Mit englischer Kohle ist Deutschland im Augenblick leichtlich versorgt, bei längerer Dauer des Streiks ist jedoch mit beträchtlichen Preisaufschlägen zu rechnen, welche die Kohlenversorgung deutscher Fabriken schwierig werden; denn die Kohlenbezüge werden teilweise von den Franzosen beschlagnahmt und sie kann infolge der unzulänglichen Leistungen der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft, die zu wenig Wagen stellt und dadurch zu Verzögerungen führt, nicht auf volle Höhe geleistet werden. In vielen Häfen wird auch rasch die Dunkelkohl knapp werden, und dann wird die gesamte große Schiffahrt mit der Herstellung eines besseren Weltverkehrs gerichtet Tätigkeit MacDonalds.

Der Streik ist sozial und wirtschaftlich ein Ereignis von höchster Bedeutung. Ihn beizulegen und im Ausgleich für Hafenarbeiter und Schiffsmannschaft Verbesserungen (gefordert wird eine Tageslohn von 2 Schilling) herauszubekommen, wird das englische Kabinett sich angelegen sein lassen.

SPD. London, 16. Februar. Um 5 1/2 Uhr nachmittags gab der Führer der Docksarbeiter bekannt, daß die wieder aufgenommenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern vollständig abgebrochen seien; der Ausstand nehme daher seinen Fortgang.

Zür unsere Frauen

Nützliches Klagen!
Das ist das Schicksal von allen Wesen, an Vergangenen herumzugerübeln und sich müde zu machen mit Klagen, statt zu sagen:
Was geschehen ist, sei geschehen!
Wir ändern es nicht und wollen lieber weitergehen und vorwärtssehen und das Herz aus heiter halten, um in all dem Aus und Ein frohgemut unsern Mann zu stellen, wenn es gilt, und nicht auf neue wieder so trübselig wie damals zu sein.
Cäsar Flaischen.

Einige Stunden im Frauengefängnis in Fuhlshütel.

Es war mir vergönnt, vor einigen Tagen die Strafanstalten in Fuhlshütel, vor allem das Frauengefängnis, zu besichtigen.
Herr Direktor Koch, seit 1919 Leiter der gesamten Strafvollstreckungseinrichtungen in Hamburg, hat es verstanden, einer neuen Wärmung im Strafvollzug lebendigen Ausdruck zu geben, die in die Zukunft weisen.
Manchen, die gegen die Gelebe verfahren, sich in die Gemeinschaft nicht einfügen können, fallen mehr oder minder der Allgemeinheit zur Last. Herr Direktor Koch hat nun den Versuch unternommen, diese gefürchteten „Mißbrüter und Mißwörter“, wie er in einer kurzen Ansprache sagte, wieder zu vollwertigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen. Diese Aufgabe soll vor allem die Arbeit vollbringen. Nicht nur irgendwelche Beschäftigung, wie Erde fassen, Nüsse klopfen, Brot zürzen und Äpfel kochen, sondern wertvolle Arbeit, von deren Ertrag ihnen auch ein Bruchteil zufällt. Wer keinen Beruf hat, wird nach seinen Fähigkeiten ausgebildet, so daß er nach seiner Entlassung als vollwertiger Arbeiter der Gesellschaft zurückgeben wird. „80 bis 70 % der hier Vollstrafen“ führte Herr Direktor Koch aus, „haben, bezogen auf ihren ganzen Lebenslauf, der sich zwischen Kindheit, Jugend, Ehe, Verbrechen und trübseliger Strafvollstreckung hinzieht, eine heilige Erde vor der Arbeit. Diesen Menschen einen Begriff von der Größe, Erbarmen und Notwendigkeit der

Arbeits zu geben, soll die Aufgabe der Gefängnisse sein. Um die Menschen nur einzupferren und sie dann mit geschwächten Muskeln, festlich niedergedrückt und mit dem Akkel der Verirrtheit schickelt wieder der Gesellschaft zu übergeben, damit sie in kurzer Zeit wieder wandeln, dazu sind diese Personennamen des Staates zu teuer.“
Vor uns öffnete sich dann die Tür zum Frauengefängnis. Um es gleich zu sagen, es konnte ebenso gut ein Krankenhaus oder sonst eine öffentliche Anstalt sein. Nur das elige Verbrechen der Tür hinter uns legt Zeugnis davon ab, daß sich hier Gefangene, der Freiheit verbannt, befinden. Der die Führung leitende Inspektor des Frauengefängnisses gab zur Einleitung einen kleinen Ueberblick über das Gefängnis, der von warmer Menschenliebe und einem tiefen Versehen dieser meist auch festlich fröhlichen Menschen zeugt. Ein Versehen, ein Eingeständnis in die Hände dieser Menschen ist notwendig, um sie überhaupt leiten, um ihnen zur Gebung der besten zu können.
Eine Stunde blieb uns zum Rundgang durch das ziemlich große Gebäude, so konnte der Ueberblick leider nur ein flüchtiger sein. Die größere Anzahl der Anstalten des Frauengefängnisses ist tagelänger in Arbeitsstätten, nachts in Schlafstätten untergebracht. Jeder zum einzelnen Verbrechen oder nach Maßstäben eine eigene Zelle gegeben, damit sie mit den andern Gefangenen nicht zu viel in Berührung kommt. Die Arbeitsstätten sind groß und hell. Mit den verschiedensten Arbeiten werden hier die Frauen und Mädchen beschäftigt: Nähen, Stopfen, Köchen — die gesamte Anstalt und Krankenhausausgabe wird im Gefängnis hergestellt. Im Schneiderat werden die feinsten Arbeiten gemacht, Wäsche, Kleider, Hüfen, deren akkurate und wirklich schöne Ausführung Verwunderung erregt.
Alle Gefängnisinsassen tragen weiße gestärkte Hosen, eine Tracht, die im ersten Augenblick eigenartig wirkt, aber den Trägerinnen der sonst düsteren und unheimlichen Gefängnisbedeutung — dunkelblauer Rock und Leder — einen Schimmer von Anmut und Grazie gibt.
Was soll ich über die Menschen sagen, die dieses Haus bewohnen? Das Innere eines Menschen kann man nicht betreten, wenn man ihn nur wenige Minuten sieht, aber Leid und Not, manchmal auch geistige Armut und in den meisten Fällen ein reinigendes Schicksal liegen sich deutlich von den füngeren und älteren Gefangenen ablesen.
Und doch war Sonne in diesem Haus des Leides und der Schmerzen, wie Herr Direktor Koch die Gefängnisse nannte; denn es waren Kinder dort. Ein winziges Gefängnis von wenigen Wochen, das in laubere Wände gekühlt, hat und aufreißt in seinem Kerker, und ein reizendes Mädchen, das 3 Monate zählte. Blauäugig und blond, greift es mit beiden Händen nach dem großen Gefängnisfenster.
Frauen Einzelkinder läßt unser Führer an uns vorbeiziehen. Er führt uns in die Zelle eines jungen Mädchens, das einen äußerst sympathischen Eindruck macht. Die Wände der Zelle,

geschmückt mit eigenen Bildern und Zeichnungen, zeugen von künstlerischer Begabung. Die aufgetragenen Arbeiten verrichtet das Mädchen auf das Gewissenhafteste und — ist draußen schon zu wiederholten Malen getrocknet. Eine nicht geringe Schuld tragen in solchem Fall die niedrigen Löhne, die an Frauen und Mädchen gezahlt werden. Wer will rechnen, wenn sie sich ein wenig Lebensfreude, wie sie es verdienen, zu verschaffen suchen?
Wir durchwandern noch die Räume, so im großen Saal das Essen für die gesamten Anstaltsinsassen gekocht wird und die, wie alles andere, einen äußerst lauberen Eindruck macht. Das Gefängnisessen — es gab Vorküchen — wurde allgemein gelobt.
Zum Schluß zeigte dann noch die Gefangenenkapelle ihr Können in einigen Musikstücken.
Es sind hier nur ganz kurz die Eindrücke wiedergegeben worden, die die Besichtigung erweckt hat. Ein aber hat noch jeder mit heimgetragen, ein hohes Gefühl der Achtung vor dem Mann und seinen Helfern, die mit großer Sorgfalt an dem gewaltigen Werke mitarbeiten, die Strafvollstreckung in andere und gesunde Bahnen zu leiten, die nicht mehr strafen, sondern helfen wollen.
Frieda Bauer.

Die staatliche Säuglingspflegeranstalt.

im Kleinfindelhaus des Jugendamts nimmt vom 1. April wieder einige Schülerinnen an, die in einem zweijährigen ununterbrochenen Kursus theoretisch und praktisch auf die Führung vorbereitet werden, die zur Erlangung des Ausweises für staatliche anerkannte Säuglingspflegerinnen vorgeschrieben ist. Eintrittsbedingungen: Alter zwischen 19 und 33 Jahren, er gleich abgeschlossene Schulbildung, körperliche und geistige Tauglichkeit zur Säuglingspflege, in besonderer Weise von Standorten oder Körperfehlern, die in diesem Beruf hinderlich sind oder die zu plötzlichen Änderungen führen können. Die Schülerinnen erhalten freie Wohnung, Verpflegung und Heizung der Räume im Kleinfindelhaus des Jugendamts. Schulgeld wird nicht gezahlt, Befragte um Aufnahme, denen außer den Nachweisen obiger Bedingungen ein behördliches Attest über den Gesundheitszustand und eine eigenhändig geschriebene Erklärung des bisher gen. Lebenslaufes beizubringen sind, können beim Jugendamt, Ackerstraße 7, eingereicht werden, wo auf Wunsch auch nähere Auskünfte mündlich gegeben werden.

Die Sexualberatungsstelle.

Die Hamburger Ortsgruppe des deutschen Bundes für Mutter- und Kinderschutz hat am 7. Januar d. J. in Hamburg eine öffentliche Sexualberatungsstelle eröffnet. Der Bund glaubt einem allgemeinen starken Bedürfnis zu entsprechen und durch diese Einrichtung der Allgemeinheit besonders in den heutigen schledchten wirtschaftlichen Verhältnissen zu dienen. Die Beratungsstelle hat die

Aufgabe, Aufklärung über das Zusammenleben der Geschlechter, die Hygiene des Ehelebens, gesundheitsliche Erhaltung, über Fragen der Geburtenregelung nach eugenischen Gesichtspunkten, Fragen der Geschlechter, über Fragen von Konflikten infolge Verwerfungen zu geben, alles Fragen, die nur durch eine sachverständige Beratung gelöst werden können. Ärzte, Juristen, Pädagogen und sozialistische Arbeiter haben sich in den verschiedenen Zweigen zur ehrenamtlichen Mitarbeit an der Sexualberatungsstelle bereitgefunden. Sie ist jeden Montag, abends von 7 bis 9 Uhr, Große Bleichen 23 bis 27, 1. Stock, Zimmer 111, geöffnet. Frauen, die in irgendeiner Frage Rat und Hilfe suchen, sollen sich an diese gemeinnützige Stelle wenden, sollten auch Bekannte darauf hinweisen, daß die Eröffnung dieser Einrichtung weiten Kreisen noch unbekannt ist. Vor allem sollten Frauen sich bitten, in irgendeiner Weise und körperlichen Not sich „weisen Frauen“ oder Sturzfrauen in die Hände zu geben, die nicht nur in den meisten Fällen ihren Körper ruinieren, sondern ihnen auch dafür enorme Preise abnehmen. Für Unbemittelte ist die Beratung unentgeltlich.

Zusammenkünfte der Genossinnen in der kommenden Woche.
Aktion, weibliche Distriktsauschüsse. Die Sitzung der weiblichen Distriktsauschüsse kann am Montag, 18. Februar, um 10 Uhr abends nicht stattfinden.
St. Georg. Nord. Unser Handarbeitsabend ist am Montag, 18. Februar, abends 7 Uhr, bei Walter, Danzigerstraße, Ecke Borgeckstraße.
Reinhardt. Die Genossinnen treffen sich zur Besichtigung des Frauenvereins, Sonntag, 17. Februar, abends 8 Uhr, am Domplatz, 21. Februar, vormittags 11 Uhr, am Hochbahnbahnhof Wagnersstraße.
Friedrichshafen. Am Donnerstag, 21. Februar, Frauenhandarbeitsabend bei H. Stettin, Gürtelstraße 100, Ecke Landwehrstraße. Alle Genossinnen müssen an diesem Abend vollständig erscheinen, da wichtige Fragen besprochen werden sollen.
Hamm-Dorn. Vorgesetzte. Mittwoch, 20. Februar, abends 7 Uhr, Frauen-Mitgliederversammlung in der Aula, Frefeldbaumarkt. Vortrag der Genossin Jabe, Negitation, Wegfall und Musik. Gäste können eingeladen werden.
Rosenburg. Unser Handarbeitsabend findet am Dienstag, 19. Februar, abends 7 Uhr, in der Arbeiterkolonie, Kanolfstraße, statt. Für Unterhaltung verschickender Art ist gesorgt.
Altona. Frauen-Vereinigung der Distrikts 1 bis 7 am Dienstag, 19. Februar 7 Uhr, im „Jugendheim“, Wagnersstr. 101. Vortrag der Genossinnen Soule, Schöder und Wartenberg. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges Erscheinen.